



Ungewisser Blick nach vorne: Bundesrat Ueli Maurer als Hornusser.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

Eine harte Nuss für Maurer

Die Bürgerlichen wollen die Sportoffensive des SVP-Bundesrats nicht unterstützen

Fast eine Milliarde Franken sollen künftig zusätzlich in die Sportförderung fliessen. Doch Ueli Maurers Ausbaupläne werden harsch kritisiert.

MARC TRIBELHORN

Der gesellschaftliche Imperativ ist unerbittlich: Wer heutzutage keinen Sport treibt, muss sich geradezu defizitär vornehmen. Fitness gilt als neues Heilversprechen. Auf diesen Gedanken kam auch, wer Ende Mai Ueli Maurers Pressekonferenz verfolgte. Der bewegungsfreudige Bundesrat stellte ein umfassendes Konzept zur Sportförderung in der Schweiz vor und beteuerte dessen Notwendigkeit. Sport verbessere unter anderem die Leistungsfähigkeit, reduziere die Krankheitsanfälligkeit, sei eine Lebensschule für Heranwachsende und trage zur sozialen Kohäsion bei. Das Ziel ist denn auch: «Mehr Sport für alle.»

Keine Bundesaufgabe

Die präsentierte «Gesamtschau Sportförderung», die sich der Weiterentwicklung des Breiten- und des Leistungssports sowie der Infrastrukturen widmet, umfasst 131 Seiten. Noch gewaltiger ist der Kostenrahmen, der darin skizziert wird: 935 Millionen Franken sollen in den Jahren 2018 bis 2029 zusätzlich fliessen. Angesichts der drohenden Schiefelage der Bundesfinanzen ist dies eine gewagte Forderung des Magistrats aus den Reihen der selbsternannten

Sparfüchse, der SVP. Dem Sportminister bläst denn auch von bürgerlicher Seite ein eisiger Wind entgegen, wie aus den Vernehmlassungsantworten zu entnehmen ist.

Zwar loben selbst die SVP und die FDP – wie fast alle der rund 150 Parteien, Kantone, Verbände und Organisationen, die sich zu Maurers Plänen geäussert haben – die Standortbestimmung und beteuern, wie wichtig der Sport für die Gesellschaft sei. Doch sie üben vehement Kritik sowohl an der finanzpolitisch «unverhältnismässigen» Erhöhung der Ausgaben als auch an der zunehmenden Einflussnahme des Bundes. «Sport ist genauso wie Kultur, Familie oder Integration Privatsache», schreibt die SVP. Auch in der Sportpolitik brauche es eine Rückbesinnung auf Subsidiarität und Föderalismus statt Zentralismus.

Der Freisinn wehrt sich ebenfalls gegen «mehr Bürokratie und staatlichen Zugriff» und fordert mehr Eigenverantwortung in Sachen Sport. Deziert Stellung gegen mehr öffentliche Gelder in der Sportförderung beziehen auch Economiesuisse und der Gewerbeverband. Für Letzteren ist das Finanzierungskonzept schlicht inakzeptabel: Es würden weder Sparmassnahmen noch budgetneutrale Kompensationsmodelle vorgestellt. Zudem sei die Gesamtschau besetzt von einem «Willen zur Bevormundung». Die CVP hat ebenfalls den Ernst der Finanzlage erkannt und plädiert dafür, dass die Mehrausgaben für den Sport im Gesamtbudget des VBS kompensiert werden sollen. Am massiven Ausbau der Sportförderung möchte die Partei aber unbedingt festhalten.

Auf viel Gegenliebe stossen Maurers Pläne dagegen bei den Sozialdemokraten. Der Sport sei in der Vergangenheit regelmässig von Kürzungen betroffen gewesen und solle vom Bund stärker gefördert werden. Zudem betont die SP die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sports. Daran erinnern auch Interessensvertreter wie Tourismus Schweiz oder der Seilbahnverband, die gerade an einem Aufschwung des darobenden Wintersports ein vitales Interesse haben.

Unnötiges Schneesportzentrum

Das in der «Gesamtschau» projektierte nationale Schneesportzentrum in Lenzerheide, das dem Spitzensport dienen soll, ist jedoch stark umstritten. Ausser bei der SP, die sich sogar drei solche Zentren wünscht, dem Kanton Graubünden und den Tourismusverbänden schwindet der Rückhalt. Wegen der hohen Kosten für den Neubau und Unterhalt sprechen sich in der Vernehmlassung viele dafür aus, dass der Bund auf das Projekt verzichtet. Das verlangt notabene auch Swiss Olympic. Die mächtige Dachorganisation von 84 Sportverbänden fordert, dass das Geld besser gezielt in den Spitzensport investiert werden soll. Sonst verlören die Schweizer Athleten international künftig noch weiter an Terrain.

Ueli Maurer ist also nicht zu beneiden. Seine sportpolitischen Ausbaupläne müssen noch gehörig justiert werden, vor allem bezüglich der Kosten und der Gewichtung von Leistungs- und Breitensport. Sonst werden sie im Parlament kaum mehrheitsfähig werden.

HERAUSGEGRIFFEN

Budgetierte Aufregung

Erich Aschwanden Der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) schlägt in diesen Tagen die «Neue Luzerner Zeitung» jeweils mit besonderer Spannung auf. Praktisch im Wochentakt präsentiert das Regionalblatt Sparvorschläge der Regierung, die eines gemeinsam haben: Sie sind strikt geheim. Den Voranschlag für das Jahr 2016 will Schwerzmann nämlich erst in der kommenden Woche öffentlich machen. Wie jedes Jahr gehört Luzern damit schweizweit zu den Letzten im Umzug bei der Budgetpräsentation.

Das lange Zuwarten macht die Politlandschaft in diesem Jahr besonders kribblig, weil Schwerzmann vor kurzem bei der Präsentation der neuen Kantonsstrategie «deutliche Einschnitte bei den kantonalen Leistungen» angekündigt hat. Wo gespart werden soll, werde bei der Orientierung über den Aufgaben- und Finanzplan Ende Oktober enthüllt, sagte der Finanzdirektor. Angesichts solcher Ansagen darf man sich nicht wundern, dass immer mehr von den intern längst bekannten Abbaumassnahmen an die Öffentlichkeit gelangen. Wer als Betroffener um seine Existenz kämpft, hält sich nicht an ein Schweigegelebe. Dieses Ungleichgewicht zwischen selbstverordneter Regierungsrätlicher Verschwiegenheit und überbordendem Informationsbedürfnis von potenziellen Sparopfern führt zu paradoxen Situationen. So wurde bereits eine Petition zur Erhaltung einer Grafikschule gestartet, bevor deren Schliessung offiziell überhaupt zur Diskussion gestellt wurde.

Keinen Gefallen tut sich der Luzerner Regierungsrat mit seiner Verschwiegenheit im Hinblick auf die Budgetdebatte im Kantonsrat. Diese wird Anfang Dezember und damit nur wenige

Wochen nach der offiziellen Bekanntgabe stattfinden. Die Zeit für fundierte Diskussionen der komplexen Materie ist also knapp und für seriös arbeitende Parlamentarier an der Grenze der Zumutbarkeit.

Bis jetzt halten sich die FDP und SVP, wenn auch teilweise zähneknirschend, an den von der Regierung verordneten Fahrplan und wollen die angeblich vorgesehenen Sparmassnahmen tapfer nicht kommentieren. Zu Stillschweigen verpflichtet sind natürlich auch alle Ämterstellen. SP, Grüne, Gewerkschaften und Verbände nutzen dieses Vakuum nur zu gerne und schiessen bereits aus zahlreichen Rohren gegen die aus ihrer Sicht «grausamen Abbaupläne».

Aufgrund dieser Konstellation kommt etwa der Vorschlag, Berufsschulen und Gymnasien für eine Woche zu schliessen, um die Lehrergehälter zu sparen, schon einmal präventiv unter die Räder. Dieser Massnahme, die ebenfalls durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit kam, droht damit dasselbe Schicksal wie vor zwei Jahren. Damals wollte das Parlament nach hitzigen Diskussionen und diversen Schülerdemonstrationen nichts von solchen Zwangsferien wissen. Ausser Aufregung war schliesslich nichts.

Die Luzerner Regierung täte sich selber einen Gefallen, wenn sie ihre Kommunikation in Sachen Voranschlag überdenken würde. Mit einer früheren und transparenteren Information würde der Widerstand gegen die vorgesehenen Sparmassnahmen nicht geringer. Doch könnten alle Beteiligten aufgrund von Fakten und nicht aufgrund von Mutmassungen über die finanzielle Zukunft des Kantons diskutieren. Das gehört sich auch für einen Kanton, der sich im Sparmodus befindet.

BUNDESRAT IN KÜRZE

Ausschaffungen: Bundesrat wartet Abstimmung ab

flj. Der Bundesrat wird erst nach der Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative der SVP vom 28. Februar über die Inkraftsetzung der neuen Regeln zur Ausschaffung straffälliger Ausländerinnen und Ausländer entscheiden. Dies gab Bundesratsprecher André Simonazzi am Mittwoch bekannt. Es gehe um den Respekt vor den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die sich zu der Frage der Ausschaffung noch einmal äussern müssten. Das Parlament hiess die Bestimmungen zur Umsetzung der 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative im vergangenen Frühling gut.

Drei neue Mitglieder der Beschaffungskongress

(sda) Der Bundesrat hat drei neue Mitglieder der Beschaffungskongress des Bundes gewählt, als Ersatz für zurücktretende oder bereits zurückgetretene Mitglieder. Sechs bisherige Mitglieder wurden im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen wiedergewählt. Per 1. Januar 2016 vertritt Sibylle Anwender das Bundesamt für Umwelt. Sie ersetzt Thomas Stadler. Neues Mitglied ist Joanna Ozimek vom Bundesamt für Strassen, als Ersatz für den per Ende Jahr zurücktretenden Jürg Röhlihsberger.

Neue Grenzwerte für Luftschadstoffe

(sda) Der Bund will die Belastung der Luft mit Stickoxiden, Feinstaub und weiteren Schadstoffen senken. Zu diesem Zweck gelten ab dem 16. November neue Grenzwerte für stationäre Verbrennungsmotoren und Anlagen, Gasturbinen und Brennstoffe. Der Bundesrat revidierte dazu die Luftreinhalteverordnung. Die bisherigen Regelungen aus dem Jahr 1985 seien an den Stand der Technik angepasst worden.

IN KÜRZE

Der Bund reagiert auf Pilzschutzmittel-Vorfall

(sda) Nach dem Vorfall mit einem Pilzschutzmittel des Pharma- und Chemiekonzerns Bayer, das vermutlich für Millionen Schäden in den Rebbergen verantwortlich ist, reagiert das Bundesamt für Landwirtschaft. Es will die Regeln für die Zulassung solcher Mittel verschärfen. Bayer kündigte an, die Winzer für die vermutlich vom Pilzschutzmittel «Moon Privilege» verursachten Schäden zu entschädigen. Bei rund 900 Weinbauunternehmen in der Schweiz hatte sich zu Beginn des Sommers gezeigt, dass bei einigen Reben die Blätter deformiert waren und keine Beeren wuchsen.

Bundesrat will Strafnorm für Jihad-Reisende

(sda) Der Bundesrat will den Kampf gegen terroristisch motivierte Reisen verstärken. Er hat am Mittwoch das Zusatzprotokoll zur Europaratskonvention zur Verhütung des Terrorismus genehmigt. Die Schweiz werde das Protokoll als einer der ersten Staaten am 22. Oktober in Riga unterzeichnen, schreibt das Justiz- und Polizeidepartement in einer Mitteilung. Das Zusatzprotokoll stellt Reisen für terroristische Zwecke sowie entsprechende Finanzierungs- und Unterstützungshandlungen unter Strafe.

Carla Del Ponte erhält Preis für Menschenwürde

(sda) Die Juristin Carla Del Ponte erhält den Preis für Menschenwürde der Tertium-Stiftung und der Zürcher Kantonalbank. Der mit 10 000 Franken dotierte Preis wird am 15. Oktober in Zürich überreicht. Del Ponte war Staatsanwältin des Kantons Tessin, Bundesanwältin und Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien und für den Völkermord in Rwanda.

BUNDESGERICHT

Siegreiche Journalisten

Das «Kassensturz»-Urteil wird aufgehoben

fon. Im Februar dieses Jahres entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), dass vier Fernsehjournalisten, die 2003 in der Sendung «Kassensturz» einen Versicherungsvertreter mit versteckter Kamera gefilmt hatten, von der Schweiz zu Unrecht wegen unbefugten Aufnehmens fremder Gespräche verurteilt worden waren. Der Fernsehbeitrag über mangelhafte Beratungen im Versicherungsgeschäft habe eine Frage von allgemeinem Interesse beschlagen, meinte der EGMR, deshalb gehe die Meinungsäu-

serungsfreiheit der Journalisten dem Schutz des gefilmten Versicherungsvertreters vor. Die vier zu bedingten Geldstrafen verurteilten Journalisten, darunter der frühere Chefredaktor des Schweizer Fernsehens Ueli Haldimann, haben in der Folge ein Revisionsgesuch beim Bundesgericht gestellt.

Die Lausanner Instanz – die den Einsatz versteckter Kameras bisher zwar nicht grundsätzlich verboten, aber nur mit grosser Zurückhaltung zugelassen hat – kommt dem Strassburger Entscheid nun nach. Sie heisst das Revi-

sionsgesuch der Journalisten gut und hebt ihr Strafurteil von 2008 auf. Die Sache geht nun nochmals zurück an das Zürcher Obergericht, das im «Kassensturz»-Fall als Vorinstanz des Bundesgerichts gewaltet hat. Das Obergericht wird in seinem neuen Entscheid die siegreichen Journalisten von Schuld und Strafe freisprechen und auch über die Rückerstattung der Kosten, die ihnen in den diversen Gerichtsverfahren entstanden sind, entscheiden müssen.

6F_25/2015 vom 6. 10. 15.